



LAND BRANDENBURG

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg  
Postfach 601165 | 14411 Potsdam

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bezirk Berlin-Brandenburg  
Kapweg 4  
13405 Berlin

dbb beamtenbund und tarifunion  
Landesbund Brandenburg e.V.  
Weinbergstraße 36  
14469 Potsdam

Deutscher Richterbund  
Landesverband Brandenburg  
Gertrud-Piter-Platz 11  
14770 Brandenburg an der Havel

Neue Richtervereinigung  
Landesverband Brandenburg  
Verwaltungsgericht Potsdam  
Friedrich-Ebert-Straße 32  
14469 Potsdam

nachrichtlich:

Deutsche Polizeigewerkschaft  
im DBB Brandenburg  
Hegelallee 57  
14467 Potsdam

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Brandenburg  
Großbeerenstr. 185  
14482 Potsdam

Potsdam, 5. Juli 2018

**Zwölftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übersende ich den überarbeiteten Entwurf des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes mit der Gelegenheit zur Stel-

E-Mails mit qualifiziert elektronisch signierten Dokumenten und/oder Verschlüsselung sind an die folgende Adresse zu richten: [Poststelle@mik.brandenburg.de](mailto:Poststelle@mik.brandenburg.de)

Dok.-Nr.: 2018/105765

Ministerium des Innern  
und für Kommunales

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13  
14467 Potsdam

Bearb.: [REDACTED]  
Gesch.Z.: 45-420-00  
Hausruf: 0331 866- [REDACTED]  
Fax: 0331 866-2860  
Internet: [www.mik.brandenburg.de](http://www.mik.brandenburg.de)  
[REDACTED]

Bus und Straßenbahn: Alter Markt/Landtag  
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof





lungnahme bis zum 1. August 2018 (aufgrund großer Eilbedürftigkeit gerne früher).

Der Gesetzentwurf hat Ihnen in einer früheren Fassung bereits auf Arbeitsebene vorgelegen. Seither haben sich im Zuge der weiteren Bearbeitung Änderungen ergeben. Diese sind aus der anliegenden Synopse ersichtlich.

Parallel erfolgt derzeit die förmliche Ressortabstimmung zu diesem Gesetzesvorhaben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Hinweis: Dieses Dokument wurde am 5. Juli 2018 durch  elektronisch  
schlussgezeichnet.



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
landesbund  
brandenburg

Ministerium des Inneren und für Kommunales  
des Landes Brandenburg  
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13  
14467 Potsdam

Potsdam, 31. Juli 2018

Zwölftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes  
Gesch.Z.: 45-420-00  
Ihr Schreiben vom 5. Juli 2018

Sehr geehrte [REDACTED]

mit o.g. Schreiben baten Sie um Stellungnahme zu dem Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes.

Der dbb brandenburg kann dem Entwurf zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes prinzipiell zugestimmt werden, trägt er doch erheblich zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit und dem Ausbau von Befugnissen der Polizistinnen und Polizisten bei.

Mit den vorgesehenen Gesetzesänderungen reagiert die Landesregierung zielführend auf die zunehmende Terrorgefahr und komplettiert die erfolgten Ausstattungen der Polizei mit wirksamen Führungs- und Einsatzmitteln zur Terrorbekämpfung mit der entsprechend notwendigen gesetzlichen Grundlagen polizeilichen Handelns.

Terrorismusabwehr kommt hierbei eine noch größere Bedeutung zu und mit den neuen Instrumenten wie Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbote und „elektronische Fußfessel“ können sogenannte Gefährder zukünftig besser identifiziert und kontrolliert werden.

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden umgesetzt, nicht zuletzt in den eingebauten Richtervorbehalten bei vielen polizeilichen Maßnahmen. Hier wäre es denkbar, Regularien einzubauen nach denen möglicherweise Polizei- und Einsatzführer vor Ort bei Gefahr im Verzug bzw. unmittelbarer Terrorgefahr ebenso diese Entscheidungen treffen können und die richterliche Entscheidung im Nachhinein eingeholt werden kann.

Die Einführung der Bodycams für unsere Kolleginnen und Kollegen begrüßen wir sehr, dient ihr Einsatz doch in erster Linie deeskalierend aber auch der Beweissicherung in für die Kollegen bedrohlichen oder unübersichtlichen Situationen.

Die Beschränkung ihres Einsatzes nur in öffentlich zugänglichen Räumen ist jedoch nicht zufriedenstellend. Gerade in Fällen häuslicher Gewalt sind unsere Polizistinnen und Polizisten nicht selten aggressiven Auseinandersetzungen und direkten Angriffen ausgesetzt.


Persönlichkeitsrechte der Bürger dürfen natürlich nicht außer Acht gelassen werden aber eine rechtliche Bewertung und der verantwortliche Umgang mit Videomaterial in solchen Fällen gilt es zu bewerten und die Nutzung der Bodycams auch in solchen bedrohlichen Situationen möglich sein. Die Unversehrtheit des persönlichen Wohnraumes ist natürlich ein hohes Gut und wichtiges Persönlichkeitsrecht, das Leben und die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen aber ebenso hoch einzuordnen. Mit der Bodycam aufgenommenes Filmmaterial kann jederzeit gelöscht werden, verletzte Kollegen sind nur schwer zu ersetzen und ihre Genesung langwierig und oft auch nicht 100 prozentig zu gewährleisten.

Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist sicher schwierig zu halten. Der vorliegende Entwurf trägt ein gutes Stück dazu bei und zielt auf eine Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Zeiten drohender Terrorgefahr.

Modernen Formen organisierter Kriminalität kann mit den neuen Regelungen des Brandenburgischen Polizeigesetzes begegnet und gezielt bekämpft werden.

Grundvoraussetzung ist und bleibt dennoch die personell bessere Aufstellung der Landespolizei in den kommenden Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

A large black rectangular redaction box covering the signature and name of the official.



**Neue Richtervereinigung**

Zusammenschluss von RichterInnen und Richtern,  
StaatsanwältInnen und Staatsanwälten e.V.

**Landesverband Berlin / Brandenburg**

nur per Email: [REDACTED]

Ministerium des Innern

und für Kommunales

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

14467 Potsdam

1. August 2018

**12. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes / 2. Fassung  
45-420-00**

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens der Neuen Richtervereinigung bestätige ich den elektronischen Erhalt Ihres Schreibens vom 5. Juli 2018 nebst überarbeiteten Entwurf mit Stand vom gleichen Tage.

Der nochmalige Aufruf der von uns parteipolitisch bereits totgeglaubten Sache hat uns überrascht.

Nach unseren Kenntnissen hat beispielsweise die SPD-Landtagsfraktion in Bayern Verfassungsklage gegen ein vergleichbares Gesetz in Bayern wegen des massiven Eingriffs in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger angekündigt, wenn nicht sogar schon erhoben. Auch der Juniorpartner der hiesigen Regierungskoalition hält nach allgemein zugänglichen Informationen die in Brandenburg beabsichtigte Ausweitung der Polizeibefugnisse für - so wörtlich - undenkbar.

Überdies scheint unsere vor über einem Jahr übermittelte Stellungnahme vom 28. Juli 2017 zum Ausgangsentwurf in den maßgeblichen Punkten nicht richtig gelesen worden zu sein; wir fügen diese als Anlage nochmals bei.

---

**[www.neuerichter.de](http://www.neuerichter.de)**

Neue Richtervereinigung e.V., Grelfswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel: 030-4202 2349, Fax: 030-4202 2350

Ansprechpartner f.d. Landesverband: [REDACTED]

0331-2332 [REDACTED]

An unserer damaligen Einschätzung hat sich nichts geändert. Das Vorhaben ist nach wie vor rechtstaatlich äußerst bedenklich. Was beispielsweise von der untauglichen Begrifflichkeit der „drohenden Gefahr“ zu halten ist, können Sie der in Kopie beigefügten aktuellen Erklärung unserer Fachgruppe Verwaltungsrecht aus Juni 2018 entnehmen.

Wir regen an, das Vorhaben zu beerdigen. Auch die in den vergangenen 12 Monaten erfolgte Überarbeitung des ursprünglichen Entwurfes ändert an diesem Vorschlag nichts:

Über die in § 12a jetzt neu vorgesehene „Gleichbehandlung“ einer hilflosen Person mit einer Leiche jedenfalls in Fragen der Identifizierung könnte man noch schmunzeln.

Die übrigen Regelungen sind jedoch allesamt nicht zum Lachen. Diese lassen weiterhin befürchten, auf dem Weg in einen Überwachungs- und Polizeistaat zu sein.

Dabei ist es schlicht unerheblich, ob eine längerfristige Datenerhebung durch Observation durchgehend anstatt derzeit 24 Stunden jetzt nicht mehr 96, sondern „nur noch“ 72 Stunden andauern können soll bzw. anstatt für 5 „nur noch“ für 4 Tage vorgesehen ist. Eine Randnotiz ist es auch, wenn der Richtervorbehalt bei der Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes und zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen wie jetzt vorgesehen „schon“ bei einer Dauer von 72 anstatt 96 Stunden bzw. nach 4 anstatt 5 Tagen erforderlich werden soll.

Es sind die hinter diesen rechnerischen Marginalien liegenden erheblichen Grundrechtsbeschränkungen, die der Presseberichterstattung zufolge auch von der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg als verfassungsrechtlich kritisch angesehen werden. Dem schließen wir uns an.

Die Überarbeitung des Vorhabens wird auch nicht dadurch besser, dass zwar nunmehr auf Maschinengewehr und Granatwerfer (!) als neu zugelassene Polizeiwaffen verzichtet werden soll, es aber dennoch bei der martialischen Ausweitung auf Elektroimpulsgerät (nicht: Distanz-Elektroimpulsgerät) und Sprengmittel auch zum direkten Einsatz gegen Personen (!) verbleibt.

Außerdem birgt die außerhalb des „Terroranschnitts 1a“ neu vorgesehene Meldeaufgabe in der aktuellen Fassung einigen Zündstoff. In § 15a sind nunmehr

konkrete Straftaten genannt, die eine Auflage rechtfertigen sollen, sich an bestimmten Tagen zu bestimmten Zeiten bei einer bestimmten Polizeidienststelle melden zu müssen. In Bezug genommen sind dabei auch von der Polizei vermutete Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Es sind genau in diese Richtung gehende Verschärfungen, die anderen Staaten zu Recht den zweifelhaften Ruf einbringen, sich von einem demokratischen Rechtsstaat zu verabschieden.

Schließlich ist das Vorhaben weiterhin nicht veranlasst. Zwar wird unverändert von einer angespannten Terror- und Gefährdungslage gesprochen, die es gebiete, Sicherheitslücken wie z.B. in der Sache Breitscheidplatz zu schließen. Andere Fälle werden aber weiterhin nicht genannt. Diese gibt es auch während des letzten Jahres nicht. Stattdessen gibt gerade die Sache Breitscheidplatz bis heute immer wieder neue Sachverhaltsrätsel auf, die auch mit dem Vorhaben ersichtlich nicht zu verhindern gewesen wären.

Aus unserer Sicht handelt es sich bei dem Entwurf um einen gegenüber der Wählerschaft für erforderlich gehaltenen Aktionismus. Entlarvende Störelemente wie z.B. die ursprünglich auf drei Seiten aufgeführten Grundrechtseinschränkungen werden in dem jetzt übersandten Entwurf vermutlich sogar aufgrund unserer Stellungnahme von vor einem Jahr vermeintlich geschickt auf einen einzigen Absatz eingeschmolzen, um die geplante Abschaffung von Freiheitsrechten nicht allzu auffällig werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A large black rectangular redaction box covering the signature and name of the sender.

Anlage:       Stellungnahme Landesverband vom 28.Juli 2017  
                  Stellungnahme Fachgruppe Verwaltungsrecht aus Juni 2018

**Neue Richtervereinigung**Zusammenschluss von RichterInnen und Richtern,  
StaatsanwältInnen und Staatsanwälten e.V.**Landesverband Berlin / Brandenburg****Land Brandenburg**

Staatskanzlei

31. JULI 2017

Anlagen: .....

Abl./Ref.: .....

**nur per Fax: 0331-866-2860 (5 Seiten)!**

Ministerium des Innern

und für Kommunales

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

14467 Potsdam

28. Juli 2017

**12. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes****45-420-00**

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens der Neuen Richtervereinigung danke ich für den postalischen Erhalt Ihres Schreibens vom 10. Juli 2017 nebst Referentenentwurf mit dem ausgewiesenen Stand vom 26.06.2017, 13:48 Uhr.

Die von Ihnen beschriebene „große Eilbedürftigkeit“ der Sache können wir nicht erkennen, zumal bereits die bürotechnische Übersendung des o.g. Referentenentwurfes genauso lange gedauert hat, wie die von Ihnen zu heute eingeräumte Frist zur Stellungnahme bemessen ist.

Daher und aufgrund Ihrer Ankündigung, im weiteren Verfahrensgang werde noch eine offizielle Beteiligung erfolgen, beschränkt sich unsere heutige Stellungnahme auf den zentralen Punkt der o.g. Gesetzesänderung:

**[www.neuerichter.de](http://www.neuerichter.de)**

Neue Richtervereinigung e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel: 030-4202 2349, Fax: 030-4202 2360

Ansprechpartner f.d. Landesverband:

0331-2332-XXXX

- 2 -

Das Vorhaben, das Polizeigesetz des Landes Brandenburg um einen neuen Abschnitt „1a“ zu ergänzen, der „Besondere Befugnisse zur Abwehr von Gefahren des Terrorismus“ enthalten soll, lehnen wir in dieser Form und zum jetzigen Zeitpunkt entschieden ab.

1.

Das Vorhaben ist rechtsstaatlich bedenklich.

Denn damit würden - zudem in einem gewollt beschleunigten Verfahren - Freiheitsrechte gleich *en gros* abgeschafft. Entlarvend ist bereits Art. 3 des Gesetzesentwurfes, der auf über drei eng bedruckten Seiten nicht weniger als 24 Grundrechtseinschränkungen anführt.

Rechtsstaatlich bedenklich ist insbesondere, dass man die nahezu uferlosen Eingriffsmöglichkeiten nach § 28b ff. PolG-E an das Vorliegen von Fiktionen und unbestimmten bzw. nicht näher definierten oder nicht handhabbaren Merkmalen knüpft. Demnach sollen ganz erheblich die Grundrechte beeinträchtigende Maßnahmen u.a. dann möglich sein,

- „wenn aufgrund von Lageerkenntnissen anzunehmen ist, dass dies im Rahmen der Abwehr von Gefahren des Terrorismus im Sinne des § 28a Abs. 1 zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder des Landes erforderlich ist“;
- „wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise eine Schädigung der (...) genannten Rechtsgüter eintritt und dies zur polizeilichen Aufgabenerfüllung unerlässlich ist“;
- „wenn das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie innerhalb eines übersehbaren Zeitraums die (...) genannten Rechtsgüter schädigen wird und dies zur polizeilichen Aufgabenerfüllung unerlässlich ist“;

ohne dass auch nur ansatzweise geklärt wäre, welche „Lageerkenntnisse“ gemeint sind, was unter einem „übersehbaren Zeitraum“ bzw. unter „ihrer Art nach konkretisierende Weise“ zu verstehen ist, wann etwas „zur polizeilichen Aufgabenerfüllung unerlässlich ist“ und mit welchem Maß an „Wahrscheinlichkeit“ der Polizeibeamte vor Ort sein Handeln auszurichten hätte.

Rechtsstaatlich bedenklich ist auch, dass die polizeilichen Eingriffsbefugnisse darüber hinaus an das Vorliegen einer durch das Polizeigesetz selbst definierten Straftat geknüpft sind. Denn im Gesetzesentwurf ist stellenweise jeweils von einer

- 3 -

„Straftat nach § 28a Abs. 1“ die Rede, die den Straftatbestand § 120a StGB kurzerhand um dessen geglaubter Einwirkungen über das bundesrechtlich geregelte Maß erweitert.

Das ist nicht nur sprachlich und gesetzgeberisch schlecht bis grob rechtsstaatswidrig. Es stellt die Dinge vollständig auf den Kopf, wenn offenkundig die Polizei bei der Prüfung eines Einschreitens selbst bestimmen kann, was eine Straftat ist und ob diese vorliegt.

Rechtsstaatlich bedenklich ist schließlich, dass mit den genannten „Definitionen“ letztlich eine Einstufung von Personen als „Gefährder“ erfolgen soll und im Ergebnis begrifflich eine neue, zeitlich vorgelagerte Gefahrbegriffskategorie eingeführt wird („drohende Gefahr“). Insoweit ist aber festzustellen, dass dies allein keine Rechtsfolgen auslöst und keine rechtliche Grundlage zur Ergreifung von Maßnahmen darstellen darf. Denn betroffen sind stets konkret nicht tatverdächtige Personen, was ein polizeiliches Handeln auch dann nicht zulässt, wenn man der begrifflichen Negation ein „noch“ voranstellt: Das Gesetzesvorhaben will aber genau dies, wenn es ganz erhebliche polizeiliche Eingriffsbefugnisse im Ergebnis auf „noch nicht tatverdächtige Personen“ ausweitet und hinsichtlich des Gefahrbegriffs die Anforderungen an die Vorhersehbarkeit des Kausalverlaufs drastisch reduziert.

Dies ist so nicht ausreichend und folgt insbesondere auch nicht aus dem BKA-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016. Zwar lesen sich die oben zitierten gesetzlichen Tatbestandsmerkmale in vielen Teilen wie die Textzellen, mit denen das Bundesverfassungsgericht in abstrakt beschreibender Weise eine Befugnis auch zur vorgelagerten Straftatenverhütung jedenfalls von Verfassungs wegen nicht negiert hat. Mit der bloßen Übernahme dieser Formulierungen ist es aber nicht getan. Nach dem Bundesverfassungsgericht müssen die Eingriffsgrundlagen selbst die hinreichend konkretisierte Gefahr in dem Sinne verlangen, dass zumindest tatsächliche Anhaltspunkte für die Entstehung einer konkreten Gefahr für Schutzgüter bestehen. Deshalb ist es also nicht ausreichend, nur diesen Satz im Ergebnis zum Tatbestand zu erheben. Gerade vor dem Hintergrund der mit den Formulierungen einhergehenden Diffusitäten und Ambivalenzen ist es rechtsstaatlich erforderlich, den gewollten Gefahrbegriff mit ganz konkreten Tatbestandsbeispielen, von denen das Bundesverfassungsgericht sogar einige benennt, zu beschreiben. Dem genügen die oben aufgeführten Begrifflichkeiten jedenfalls nicht.

- 4 -

2.

Überdies sind die beabsichtigten Maßnahmen nicht veranlasst. Das Gesetzesvorhaben führt insoweit an, die Bedrohung durch eine angespannte Terror- und Gefährdungslage habe mit dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 eine neue Stufe auch für das Land Brandenburg erreicht und könne ähnlich wie die Vorfälle in Würzburg oder Ansbach auch vergleichbare Orte im Land Brandenburg treffen. Diese Behauptungen sind jedenfalls vor dem Hintergrund der bisherigen Presseberichterstattung in der Sache Breitscheidplatz („*multiple Behördenversagen*“) und der gerade erst begonnenen Aufarbeitung durch einen Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus genauso wenig belegt, wie jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt angebliche Gesetzes- und damit Sicherheitslücken bestehen würden. Diese werden auch gar nicht erst genannt.

3.

Die Maßnahmen sind nicht geeignet. Das Vorhaben ist ausdrücklich darauf angelegt, durch eine rigide Gesetzesverschärfung das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung (nicht: die Sicherheitslage im Land) vermeintlich zu erhöhen. Dies kann aber weder Zweck gesetzgeberischen Handelns sein, noch könnte damit überhaupt ein Sicherheitsgefühl gesteigert werden. Mithin ist die Behauptung unrichtig, die Gesetzesverschärfungen seien unverzichtbar. Richtig ist allein, dass eine gehörige Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung der Polizei für die Verbesserung der Sicherheitslage unverzichtbar ist. Dem ist vorrangig weiter nachzugehen.

4.

Unabhängig davon birgt das Vorhaben die zusätzliche und bisher nicht vorhandene und damit neue Gefahr, dass die Anwendung der beabsichtigten Maßnahmen „über das Ziel hinaus schießt“ und mithin die hier vorgestellte angebliche Lösung selbst zu einem eigenständigen Problem mutiert. Denn genauso wie eine eklatante Personalnot im gesamten Personalapparat festzustellen ist, ist es eine Binsenweisheit, dass die damit einhergehende permanente Überforderungslage

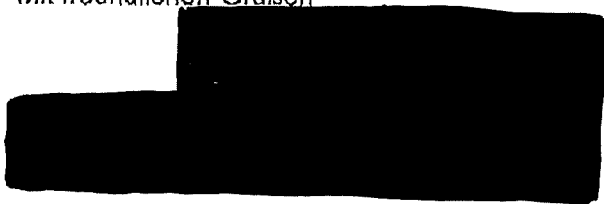
- 5 -

vermehrt dazu führen wird, dass die Einsatzkräfte vor Ort die hier ohnehin nicht handhabbaren Tatbestandsmerkmale erkennt und dann in bloß geglaubter Rechtmäßigkeit zu handeln. Die dadurch vermehrt aufkommenden ganz erheblichen Grundrechtseingriffe unbescholtener Bürger sind aber weder hinnehmbar noch durch das derzeit angeblich defizitäre Sicherheitsszenario veranlasst.

5.

Wir raten zur Besonnenheit. Statt dem schelnpopulären Ruf nach immer schärferen Sicherheitsgesetzen unkritisch und übereilt zu folgen, ist es aus unserer Sicht ratsam, zunächst die maßgebliche Faktenlage vollständig zusammenzutragen und dann sorgsam und gründlich zu überlegen, welche Veränderungen wirklich notwendig und rechtsstaatlich möglich sind. Wir gehen davon aus, dass dies nun im weiteren Verlauf nachgeholt wird und der hierfür bereits avisierte Zeitdruck nicht beibehalten wird.

Mit freundlichen Grüßen





Juni 2018

## Die drohende Gefahr im Polizeirecht

*Die Fachgruppe Verwaltungsrecht der Neuen Richtervereinigung (NRV) kritisiert die Einführung der Rechtsfigur der „drohenden Gefahr“ im Rahmen aktueller Novellierungen der Landespolizeigesetze. Diese Rechtsfigur führt nicht nur zu Unsicherheiten bei Rechtsanwender\*innen und Bürger\*innen, sondern ist schlicht überflüssig. Bei dennoch beabsichtigten Gesetzesnovellen sind die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in der Entscheidung zum Bundeskriminalamtgesetz vollständig zu berücksichtigen, um dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz hinreichend Rechnung zu tragen.*

Als Reaktion auf die terroristische Bedrohungslage sind in einigen Bundesländern Novellen der Polizeigesetze in Arbeit, wie z.B. in NRW, oder bereits in Kraft getreten, wie in Bayern. Unter Berufung auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts<sup>1</sup> zu Überwachungsmaßnahmen nach dem Bundeskriminalamtgesetz sehen die Novellen in jeweils unterschiedlichen Ausformungen vor, die Rechtsfigur der „drohenden Gefahr“ in die Polizeigesetze einzuführen, um auch im Vorfeld<sup>2</sup> von „konkreten Gefahren“<sup>3</sup> polizeiliche Maßnahmen ergreifen zu können. Nach Auffassung der Fachgruppe Verwaltungsrecht der NRV ist dieses Vorhaben mehr als bedenklich.

Zunächst bedarf es der Rechtsfigur der „drohenden Gefahr“ schon gar nicht. Im Vorfeld von konkreten Gefahren kann vielmehr auf die Rechtsfigur des „Gefahrenverdachts“ zurückgegriffen werden, die seit langem ihren Niederschlag in einer Vielzahl von polizeigesetzlichen Eingriffsregelungen gefunden hat.<sup>4</sup> Bei einem „Gefahrenverdacht“ reicht das Vorliegen einer Schadensmöglichkeit aus, die sich deshalb nicht ausschließen lässt, weil nach dem derzeitigen Wissensstand bestimmte Ursachenzusammenhänge weder bejaht noch verneint werden können, um polizeiliche Maßnahmen ergreifen zu können.<sup>5</sup> Weshalb nunmehr zwischen dem Gefahrenverdacht und der konkreten Gefahr noch eine „Zwischenkategorie“ mit einem gesonderten Wahrscheinlichkeitsgrad<sup>6</sup> eingeführt oder vielleicht sogar die Rechtsfigur des „Gefahrenverdachts“ durch die „drohende Gefahr“ ausgetauscht werden soll, erschließt sich nicht. Denn die mit der Einführung der Rechtsfigur der „drohenden Gefahr“ verbundenen Unsicherheiten für Rechtsanwender\*innen und Bürger\*innen sind unnötig und werfen mit Blick auf das aus dem Rechtsstaatsprinzip folgende Bestimmtheitsgebot verfassungsrechtliche Bedenken auf.

1 BVerfG, Urt. v. 20.4.2016, 1 BvR 966/09, Rn 112.

2 „Im Vorfeld“ meint hier eine Verringerung des Wahrscheinlichkeitsgrades bzw. des Grades der Vorhersehbarkeit.

3 Eine „konkrete Gefahr“ ist eine Sachlage, die bei ungehindertem Ablauf des objektiv zu erwartenden Geschehens im Einzelfall in absehbarer Zeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung eines polizeilichen Schutzguts führt, vgl. nur BVerfG, Urt. v. 20.4.2016, 1 BvR 966/09, Rn 111.

4 Vgl. § 9 Abs. 1 Satz 1 PolG NW, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 a) Bayr. PAG.

5 BVerwG, Urt. v. 3.7.2002, 6 CN 8.01, Rn 34; VGH Mannheim, Urt. v. 25.10.2012, 1 S 1401/11, Rn 57.

6 So wohl BVerwG, Beschl. v. 31.5.2017, 1 VR 4/17, Rn 17 ff. zur „besonderen Gefahrenlage“ nach § 58a AufenthG.

Sprecherin der Fachgruppe:

Christine Nordmann, Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht, Brockdorff-Rantau-Str. 13, 24837 Schleswig  
Tel, (d.): 04621-86-1633, C.Nordmann@neuerichter.de

Sofern die Landesgesetzgeber trotzdem an der Rechtsfigur der „drohenden Gefahr“ festhalten wollen, sind sie insbesondere mit Blick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz dazu aufgerufen, sich vollständig an die Vorgaben der zuvor zitierten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu halten. Konkret kann danach eine „drohende Gefahr“ erst angenommen werden, sofern es um einen Schadenseintritt bei einem überragend wichtigen Rechtsgut geht.<sup>7</sup> Dieser Vorgabe entspricht beispielsweise nicht die Regelung gemäß § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 4 des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG), wonach bei Vorliegen einer „drohenden Gefahr“ polizeiliche Maßnahmen auch zum Schutze erheblicher Eigentumspositionen, die nicht abstrakt als überragend wichtige Rechtsgüter eingeordnet werden können,<sup>8</sup> zulässig sein sollen. Ferner ergibt sich aus den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts und dem Kontext seiner Entscheidung zum Bundeskriminalamtgesetz, dass in Konstellationen der „drohenden Gefahr“ lediglich Überwachungsmaßnahmen als Gefahrerforschungsmaßnahmen zulässig sind, die ihrerseits freilich bereits zu ganz erheblichen Grundrechtseingriffen führen können. Darüber offensichtlich hinausgehend soll nach dem Entwurf der NRW-Landesregierung zur Novellierung des Polizeigesetzes sogar eine bis zu einem Monat währende Ingewahrsamnahme bei einer „drohenden Gefahr“ möglich sein.<sup>9</sup>

Vor dem Hintergrund dieser beabsichtigten bzw. schon in Kraft getretenen Gesetzesänderungen wird es letztlich Sache der Behörden und Gerichte sein, die Verhältnismäßigkeit der Eingriffsermächtigungen bzw. der darauf gestützten Maßnahmen intensiv zu prüfen. Sollten sich die zum Teil zu weit gefassten gesetzlichen Ermächtigungen im Einzelfall nicht verfassungskonform auslegen und entsprechend anwenden lassen, wären sie im Falle ihres Inkrafttretens einem Verfassungsgericht vorzulegen.

---


<sup>7</sup> Vgl. BVerfG Urt. v. 20.4.2016, 1BvR 966/09, Rn 112.

<sup>8</sup> „Überragend wichtige Rechtsgüter“ sind nach dem BVerfG Leib, Leben und Freiheit der Person sowie solche Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen oder den Bestand des Staates oder die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, wie etwa auch die Funktionsfähigkeit wesentlicher Teile existenzsichernder öffentlicher Versorgungseinrichtungen, vgl. Urt. v. 27.2.2008, 1 BvR 370/07, Rn 247.

<sup>9</sup> Vgl. Landtag NRW Drucksache 17/2351 S. 23 (§ 35 Abs. 1 Nr. 6 PolG NW-E).

Deutscher Richterbund • Landesverband Brandenburg e.V.  
Gertrud-Piter-Platz 11 • 14770 Brandenburg a.d.H.


**Ministerium des Innern  
und für Kommunales**

nur per E-Mail an  


6. August 2018

**Zwölftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizei-  
gesetzes**

**Ihr Schreiben vom 5. Juli 2018**

Sehr geehrte 

ich bedanke mich im Namen des Deutschen Richterbundes, Landesverband Brandenburg, für die uns eingeräumte Möglichkeit, zu dem Entwurf des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes, das bei mir am 12. Juli 2018 einging, gem. § 7 BbgRiG Stellung zu nehmen. Urlaubsbedingt ist es mir erst jetzt möglich, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen.

Das Ansinnen, angesichts der auch in Deutschland bestehenden oder zumindest zu befürchtenden Terror- und Gefährdungslage, das Polizeigesetz des Landes Brandenburg anzupassen, zu modernisieren und zu verschärfen, ist nachzuvollziehen. Denn es ist richtig und wichtig, seitens des Gesetzgebers nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie etwaigen Gefahren für den Staat und seine Bürger möglichst effektiv auch durch Gesetzesänderungen begegnet werden kann. Gleichwohl bestehen Bedenken, das Polizeigesetz in der jetzt vorgesehenen Form zu verabschieden.

Der geplante Entwurf des Polizeigesetzes sieht eine Reihe von Regelungen vor, die erhebliche Grundrechtseingriffe mit sich bringen. Es erscheint zumindest diskussionswürdig, inwieweit diese Regelungen unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten rechtmäßig ausgestaltet sind. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen bereits eine *drohende* Gefahr aufgrund von - nicht näher bestimmten - Lageer-

Deutscher Richterbund  
Landesverband Brandenburg e.V.  
c/o Brandenburgisches Oberlan-  
desgericht  
Gertrud-Piter-Platz 11  
14770 Brandenburg a.d.H.

T +49 3381 399 208

[vorstand@drb-brandenburg.de](mailto:vorstand@drb-brandenburg.de)  
[www.drb-brandenburg.de](http://www.drb-brandenburg.de)

Vorsitzende  
Ri'inAG (st.V.d.Dir.) Claudia Cerreto

Vereinsitz Potsdam

Bankverbindung:  
Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN DE31 1605 0000 3611 0044 47

kenntnissen oder nach Maßgabe weiterer unbestimmter Rechtsbegriffe für Maßnahmen ausreichen soll. Die Anordnung einer elektronischen Fußfessel, ohne dass festgestellt werden kann, dass diese Person tatsächlich eine Straftat begangen hat, geht über die nach dem Strafgesetzbuch mögliche elektronische Aufenthaltsüberwachung bei rechtskräftig verurteilten Straftätern deutlich hinaus. Dies erscheint in dieser Form rechtsstaatlich ebenso problematisch wie die in den genannten Fällen mögliche (verlängerte) Ingewahrsamnahme, wenngleich diese - anders als nach den Bayerischen Regelungen - auf höchstens vier Wochen begrenzt sein soll und das Gesetz an verschiedenen Stellen Richtervorbehalte vorsieht. Auch die Ausgestaltung der Quellenüberwachung sollte auf ihre Verhältnismäßigkeit hin überprüft werden. Schließlich dürfte die beabsichtigte Erweiterung der Schleierfahndung mit dem der Polizei zur Verfügung stehenden Personal schon im Tatsächlichen nicht umzusetzen sein. Die geplanten Bodycams erscheinen hingegen zum Schutz der im Einsatz befindlichen Polizeibeamtinnen und -beamten sinnvoll.

Der Deutsche Richterbund regt daher an, die Änderungen des Polizeigesetzes zu überdenken und diese - auch unter Akzeptanzgesichtspunkten - nicht als „Schnellschuss“ in Kraft treten zu lassen. Eine zeitlich ausreichende inhaltliche Auseinandersetzung auf der sog. Arbeitsebene sollte ebenso möglich sein, wie eine kritische politische Debatte.

Mit freundlichen Grüßen

